

PRESSEINFORMATION 44/2021

Zur Novellierung des Infektionsschutzgesetzes

BWIK: „Begrüßen Nachbesserungen – dringend notwendig für Händlerperspektiven“

Stuttgart, 20. April 2021 – Prof. Peter Jany, Hauptgeschäftsführer der im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Handelsfragen federführenden IHK Bodensee-Oberschwaben begrüßt für die IHK-Organisation die derzeit diskutierten Änderungen im Gesetzesentwurf ausdrücklich: „Es ist eine wichtige Verbesserung zum zunächst geplanten harten Lockdown ohne Perspektive für den Handel. Click & Collect als Minimallösung auch bei höheren Inzidenzen zuzulassen, ist angesichts des geringen Infektionsrisikos nur logisch und sinnvoll. Click & Meet bis zu einem Inzidenzwert von 150 zu erlauben, ist ebenfalls ein richtiger Schritt, um wenigstens etwas mehr Perspektive für die stationären HändlerInnen zuzulassen. Vor allem das absolute Ungleichgewicht zum Onlinehandel darf jetzt nicht weiter erhöht werden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit dem Bundesgesetz der Spielraum für die einzelnen Länder massiv eingeschränkt ist. Ich kann aus Sicht unserer Mitgliedsbetriebe der Branche betonen: Wenn jetzt nicht mit Umsicht ein Mindestmaß an Öffnung beschlossen wird, dann ist das Datum der Gesetzesverabschiedung ein rabenschwarzer Tag für den Handel – und für die ganze Republik.“

Diese und weitere Presseinformationen unter www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartnerin für die Redaktionen:

BWIHK | FF Handel
Nina Gerstenkorn
Telefon 0751 409-227
E-Mail: nina.gerstenkorn@weingarten.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.